



Andreas Jung
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

„Sicherheit geht vor!“ Bundestag beschließt Endlagergesetz

Berlin, 23.03.2017

Andreas Jung, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Telefon: +49 30 227 - 77077
Fax: +49 30 227 - 76253
andreas.jung@bundestag.de

Bürgerbüro:
Hofhalde 12
78462 Konstanz
Telefon: +49 7531 - 9169878
Fax: +49 7531 - 9169880
andreas.jung.wk@bundestag.de

Der Bundestag hat heute mit breiter Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen das „Endlagergesetz“ verabschiedet. Mit dem Gesetz wird der partei- und länderübergreifende „Endlagerkonsens“ umgesetzt und es werden die Weichen für eine deutschlandweite Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle gestellt. Als maßgebliches Kriterium wird dabei die „bestmögliche Sicherheit“ eines potenziellen Standorts festgeschrieben.

„Sicherheit geht vor, das wird jetzt Gesetz“, erklärt dazu der Bundestagsabgeordnete Andreas Jung. Deshalb werden auch sechs eindeutige sogenannte Ausschlusskriterien formuliert. Eines davon: Endlager sind in Erdbebenzonen der Stufe „größer eins“ ausgeschlossen. Mit dem „Erdbeben-Kriterium“ wird auch eine Forderung vom Landrat, den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus dem Landkreis Konstanz umgesetzt. Wegen der seismischen Aktivität im Hegau und den damit verbundenen Risiken hatten sie in einer Resolution aus dem Jahr 2013 darauf gedrungen, genau einen solchen Ausschluss zu verankern. Andreas Jung hatte diese Position unterstützt und gehörte als einer von acht Bundestagsabgeordneten der von Bundestag und Bundesrat eingesetzten „Endlagerkommission“ an. Diese Kommission, in der auch Wissenschaftler, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Länderminister vertreten waren, hat das „Erdbeben-Kriterium“ vorgeschlagen. Dieses Ausschlusskriterium beruht auf einer Empfehlung der Wissenschaft. Auch die Wissenschaftler in dem von der damaligen Bundesregierung zur Endlagersuche eingesetzten „AkEnd“ hatten schon 2002 ein solches Kriterium vorgeschlagen. Mit dem Beschluss des Bundestags wird es jetzt umgesetzt. Darüber hinaus werden fünf weitere Ausschlusskriterien formuliert sowie Mindestanforderungen und Abwägungskriterien festgelegt.

Die Zustimmung des Bundesrates am 31. März gilt als sicher. Das signalisierte in der Debatte der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Danach kann die Suche nach einem sicheren Endlager beginnen. Dafür sind drei Phasen vorgesehen. Zunächst sollen bis 2021 geologisch günstige Teilgebiete ausgemacht werden. Danach werden mögliche Standortregionen übertägig erkundet. Schließlich sollen dann nur einige wenige Standorte untertägig auf ihre Eignung untersucht werden. Angestrebt wird eine Entscheidung über einen Endlagerstandort bis zum Jahr 2031.